

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (N. 1. 10. Südd., N. 1. 8herr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 6. November.

Die Heder'schen Briefe wurden von uns nach der „Köln. Ztg.“ mitgeteilt. Nunmehr werden in der „N. Bad. Landesztg.“ auch die in dem erstgenannten Blatte ausgelassenen Stellen mitgeteilt. Es sind vorzugsweise solche Stellen, welche sich gegen die politische Natur der in Preußen maßgebenden Elemente richten. Indessen, die nachträgliche Veröffentlichung dieser Stellen ändert durchaus nichts an der Gesamttendenz und der Bedeutung des Briefes. Denn es versteht sich von selbst, daß ein Republikaner mit dem in Preußen herrschenden inneren Regime nicht zufrieden sein kann, ja man braucht hierzu noch lange nicht Republikaner zu sein. Was den Briefen Heder's Interesse verleiht, das ist die Frage der nationalen Einheit, und in dieser Beziehung treten drei Gesichtspunkte deutlich hervor:

1) Heder freut sich der Demüthigung und Niederlage Oesterreichs. Diese seine Anschauung concentrirt sich in den Worten:

„Daß Oesterreichs Einfluß auf Deutschland dahin ist, halte ich für eins der glücklichsten Ereignisse. Diese mehr slavische Macht benutzte ihren Einfluß seit fast drei Menschenaltern nur gegen die Kraft- und Machtentwicklung der deutschen Nation.“

2) Heder ist der Ansicht, daß durch das Vorgehen Preußens die deutsche Nation der Einheit, der nationalen Macht und Größe näher gebracht ist. Dies spricht er vorzugsweise in folgenden Worten aus:

„Eines hat die Nation heute bereits gewonnen. Sie fühlt, glaubt und sagt es, daß sie am Punkte steht, eine Machtstellung einzunehmen eine gewaltige Stellung innerhalb der Grenzen von Europa. Der Particularismus versinkt. Die getrennten Glieder des Körpers formiren sich zum gewaltigen Leib.“

3) Heder — und dies ist selbstverständlich — hofft, daß aus dem absolutistisch einheitlichen Deutschland zuletzt ein freies einheitliches Deutschland werde. Man hat so gethan, als werde durch die nachträgliche Veröffentlichung der erst ausgelassenen Stellen der Character dieser letzteren völlig geändert. Es ist zwar klar, daß man jene Stellen von Anfang an mit zu veröffentlichen verpflichtet war; allein der Character der Briefe im Großen und Ganzen ist durch jene Auslassungen wenig verändert worden.

Der dritte Gedanke Heder's ist nämlich, wie bereits angedeutet, der: daß die Sache der Freiheit schließlich doch triumphiren müsse. Dieser Gedanke aber liegt, sehr kräftig ausgesprochen, vollständig in der von Anfang an veröffentlichten Stelle des zweiten Briefes, welche lautet:

„Vergeblich wird der Absolutismus sich dem freien Menschengestirne entgegenstemmen. Die Räder der geistigen Fortwärtsbewegung werden ihn erreichen, erfassen, zermalmen...“

Wir werden auf diese Gesichtspunkte zurückkommen, wenn wir in Anknüpfung an die Arbeit, welche wir eben unter dem Titel „Unser Parteistandpunkt“ veröffentlichten, unsere social-politische Stellung beleuchten werden. —

Rundschau.

Berlin, 6. November.

Noch immer ist es der Ministerwechsel in Oesterreich, sind es die sich daran knüpfenden Befürchtungen und Hoffnungen für die künftige Gestaltung der Dinge in Deutschland, welche als Hauptthema der politischen Tagesdiscussion erscheinen. Zur Beurtheilung des erwähnten Ereignisses liegen inzwischen neue Materialien vor. Herr v. Beust selbst hat gesprochen und die österreichische Regierung in halb officiellen Stimmen sich vernehmen lassen. Ein gleichzeitig mit der Publication des Rücktritts der Grafen Mensdorff und Esterhazy von der „Wiener Zeitung“ veröffentlichtes Rundschreiben an die kaiserlichen Missionen im Auslande, welches Herr v. Beust bei seinem Antritte erlassen hat, enthält nachfolgende Stellen:

So sehr es mein Wunsch ist, die auf einem anderen Felde der Thätigkeit gesammelten Erfahrungen diesem Dienste nutzbar zu machen, so betrachte ich mich gleichwohl als von meiner politischen Vergangenheit von dem Tage an getrennt, wo ich nach dem Willen Sr. kaiserlichen Apostolischen Majestät Oesterreicher werde und ich will davon in meine neue Stellung nur das Zeugniß eines tiefverehrten Fürsten hinübernehmen, dem ich mit Eifer und Treue gedient zu haben mir bewußt bin. Namentlich würde es heißen, mir bei dem Beginne meiner neuen Laufbahn ein feststehendes Vergessen meiner Pflichten zutrauen, wollte man mich für fähig halten, Vorliebe oder Groll hineinzutragen, wovon ich mich übrigens vollkommen frei fühle. — — —

Die kaiserliche Regierung, die heute alle ihre Anstrengungen dahin richten muß, die Spuren eines unheilvollen Krieges verschwinden zu machen, wird, daran möge man nicht zweifeln, jener Politik des Friedens und der Versöhnlichkeit treu bleiben, die sie jederzeit gelbt hat.

Wenn aber der unglücklichste Ausgang eines längstbestehenden Kampfes ihr daraus eine Nothwendigkeit macht, so legt ihr derselbe zugleich die Pflicht auf, mehr als je sich auf ihre Würde eifersüchtig zu zeigen.

Die halb-officielle „Wiener Abendpost“ vom 3. November constatirt in längerem halb-officiellem Artikel, daß unter den Friedenswerken die Lösung des innern Verfassungsconflicts die erste Aufgabe der Regierung sei. Der Weg, den die Regierung bisher betreten, sei der Weg der Vereinbarung mit den Vertretungen der Länder der ungarischen Krone; die Regierung halte entschieden an dem Gedanken

fest, daß das einzig bindende Moment nicht in einem zwangsweisen Zusammenfassen von Elementen liege; das Princip der Rechtsverwirrung sei unverträglich mit politischer Freiheit. In den letzten Ereignissen sehe die Regierung eine Mahnung zur beschleunigten Verfolgung der betretenen Bahn. Die mit dem ungarischen Landtage über eine gemeinschaftliche Behandlung der gemeinsamen Interessen gepflogenen Verhandlungen seien nun wieder aufzunehmen. Der Entwurf der Subcommission des Landtages biete beachtenswerthe Anknüpfungspunkte für die Grundlage zur Verständigung dar. Der Gedanke von der Zusammengehörigkeit der einzelnen Reichtheile zur Sicherung der wichtigsten Interessen sei darin anerkannt. Die Aufgabe der Regierung sei es, ihre Ansichten dem ungarischen Landtage in voller Offenheit darzulegen, damit bei der Fortsetzung der Verhandlung diese Grundsätze consequent durchgeführt würden und practisch zur Geltung kämen. Das officiöse „Wiener Journal“ vom 4. November bringt einen längeren Artikel, worin es u. A. mit Beziehung auf Beust heißt:

Die Vermuthungen, welche die Oppositionsblätter ihren Lesern mit großer Beharrlichkeit mittheilten, daß zwischen diesem Staatsmanne und dem Ministerpräsidenten ein politisches Einvernehmen gar nicht bestünde, sind in den letzten Tagen verflummt. Sie wurden selbstverständlich nie von besser unterrichteten Personen gehegt und verdanken ihren Ursprung keinen Thatfachen, sondern nur gewissen frommen Wünschen. Das Ministerium hat jetzt an Kraft gewonnen, ohne im Geringsten etwas an Einigkeit eingebüßt zu haben. . . Oesterreich hat viele Gründe, sich auf sich selbst zurückzuziehen, um fremden Interessen weder nahe zu treten, noch dieselben zu seinen eigenen zu machen. Wir sind vor Allem der Ruhe bedürftig und müssen danach trachten, diese für uns zu erhalten, selbst wenn andere Mächte, thatendürftiger als wir, den Frieden nicht als ihr erstes Ziel in's Auge fassen sollten. Was Rußland nach dem Krimkriege versuchte, sich im Innern zu sammeln, Kraft zu gewinnen durch innere Thätigkeit, das muß auch jetzt unsere Aufgabe sein. — — —

Obgleich die diplomatische Thätigkeit des neuen Ministers wohl zumißt in's Gewicht fallen muß, so legen wir darum keinen geringeren Werth auf den Nutzen, welchen sein Eintritt in die Regierung auch für die Entwicklung der innern Angelegenheiten haben wird. Freiherr v. Beust hat sich in einer langen öffentlichen Laufbahn als ein treuer Anhänger des konstitutionellen Prinzips bewährt (?). Wären die Anschuldigungen in Wahrheit begründet gewesen, welche öfters, wohl nicht in gutem Glauben, gegen andere Minister der Krone gemacht wurden, daß sie Anhänger des Absolutismus wären, so würde allerdings unmöglich gewesen sein eine Einigung zwischen ihnen und dem jetzigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Man kann ähnliche Ausführungen wohl jetzt als definitiv beseitigt ansehen. Noch in diesem Monate werden im ganzen Kaiserstaate die Bestrebungen der Regierung, eine Einigung des Reichs auf parlamentarischer Grundlage zu erzielen, in so unverkennbarer Weise hervortreten, daß wohl Niemand hinsort wagen wird, den konstitutionellen Character des Ministeriums in Frage zu stellen. Wenn man nun den

Staat als eine organische Einheit auffaßt, bei dem die engste Verbindung zwischen den innern und äußeren Fragen stattfinden muß, so darf man wohl voraussetzen, daß die Thätigkeit des Herrn v. Beust nicht nur einem Departement der Regierung, sondern dem ganzen Staate dienlich sein wird. Seine parlamentarische Schulung, seine Verehrbarkeit, seine großen Erfahrungen, seine anerkannten Talente werden in dem großen Kaiserstaate den weitesten Spielraum zur freien Entfaltung finden. Die Freunde des konstitutionellen Systems, welche die Entwicklung des Staats auf Grundlagen wünschen, die im Einklange stehen mit dem Geiste des Jahrhunderts werden hoffentlich Ursache finden, sich zum Amtsantritt dieses hochbegabten und energischen Staatsmannes ausdrücklich zu beglückwünschen.

Daß die Einigung Deutschlands durch allmählichen Umschwung der Stimmung und Gesinnung im Volke wie in der Presse auf dem Wege der Fortschreitens ist, wird Niemand verkennen, welcher die gesammte Presse verfolgt und die besonders in Süddeutschland zu Tage tretenden Erscheinungen zu beobachten Gelegenheit hat. Sehr beachtenswerth ist in dieser Beziehung die Haltung der Augsburger „Allg. Ztg.“ In einem „Die Aufgabe Bayerns“ überschriebenen Leitartikel fragt dieses wahrlich nicht allzu preußenfreundliche Blatt, was nun die Aufgabe Bayerns heute sei; der Leiter der bayerischen Politik habe drei Wege angegeben: den süddeutschen Bund, den norddeutschen und Abwarten. Der dritte Weg, sagt der Verfasser des Artikels, sei derjenige, auf dem man sich dormalen befinde. Diese Richtung wird nun bitter getadelt. Der Versuch zur Bildung eines süddeutschen Bundes habe gar keine Aussicht des Gelingens, und dies sei ein erfreuliches Zeichen. Es wird dann zugegeben, daß das Aufgehen der Einzelsovereinität in Preußen am wenigsten von einem bayerischen Minister bestritten werden könne, nicht minder richtig aber sei es, daß der deutsche Norden durch eine mehr als tausendjährige Vereinigung der natürlichen Bundesgenossen sei, und daß die Aufgabe des letztern darin bestehe, eine Form zu finden, welche diese Bundesgenossenschaft neu gründe und aller Welt offen darlege. Die bayerische Selbstständigkeit könne neben solcher Form bestehen (?), wenn nur nicht vergessen würde, daß einzelne Hohenrechte, wie namentlich der Oberbefehl im Bundeskrieg, den einzelnen Souverainen schon durch die deutsche Bundesakte entzogen waren, und jetzt offenbar an die Centralgewalt abzugeben seien, welche an die Stelle des Bundestags zu treten hat. Der Artikel schließt mit den Worten: „Offene Adoption des Programms der bayerischen Abgeordnetenversammlung unter Wahrung der bayerischen Souveränität, also ohne bedingungsloses Aufgehen in den preussischen Staat, ist Aufgabe der bayerischen Politik.“ — Dagegen schreibt man der „Allg. Ztg.“ aus Berlin von einem angeblichen Umschwung in den Regionen der süddeutschen Höfe. Man sei dort erschrocken über den „parlamentarischen Zug nach dem Norden“, der anfänglich gebilligt worden sei, weil er ein Ableitungsmittel gegen die eigene Constitution einer Union mit parlamentarischer Beihilfe zu sein schien. Seitdem wurde es jedoch zweifellos, daß der Liberalismus mit dem norddeutschen Bund eine dauernde PreSSION auf seine eigenen Regierungen ausüben würde und diesen Zustand finde man für die Dauer unentzerrlich und gefährlich. Zwischen dem norddeutschen Bund und der süddeutschen Union schweben zu wollen, sei keine Position für die betreffenden Regierungen, die sich als haltbar auffassen ließe. Die Politik Oesterreichs und Frankreichs müsse greifbarere Formen annehmen, um die Absorption der südwestlichen Gruppe zu hindern. Der erste Schritt, die Erneuerung Beust's, gebe Hoffnung, daß der zweite und die übrigen folgen werden. Von dem Tage, an welchem die französisch-selbstreichische Allianz geschlossen ist, wären die noch selbstständigen Regierungen Deutschlands von der Furcht befreit, daß mit der „Revolution von oben“ ihrem Dasein ein Ende gemacht werde.

Auch die diplomatischen Berichte aus Paris schie- nen wenig mit den Äußerungen des Herrn v. Beust übereinzustimmen, welche er über seine „freundliche Politik gegen Preußen“ gelegentlich seines Amtsantritts auch gegen die ihm vorgestellten Beamten seines Ressorts abgab. In Paris

dürfte man vielmehr die Rückkehr Benedetti's auf seinen Berliner Gesandtschaftsposten als eine Gewähr dafür betrachten, daß man die Linie der französischen Interventionspolitik nicht verlassen dürfe, welche den kriegsführenden und friedensschließenden deutschen Mächten in Nikolsburg mit der Ziehung der Mainlinie auferlegt wurde. — Gleichzeitig wird von anderer Seite aus Paris geschrieben, daß die Beziehungen zwischen dort und Berlin sich neuerdings auf das allerfreundlichste gestaltet hätten und die officiösen Blätter angewiesen worden seien, sich in ihrer Besprechung österreichischer Zustände weiter keiner rücksichtsvollen Mißdeutung zu befleißigen. Weßhalb, durch wen und auf wie lange diese Parole ausgegeben wurde, wird nicht gesagt. — Ferner erfährt man aus Paris, daß der Kaiser wieder so rüstig arbeite, wie früher. Am 31. October hat er dem Ministerrathe präsidirt und sich ganz besonders eingehend mit der Armeeorganisation beschäftigt. — Gestern hat die Reoue über die kaiserliche Garde und die Garnison von Paris, von herrlichem Wetter begünstigt, im Boislogner Wäldchen stattgefunden. Der Kaiser war zu Pferde und kehrte erst nach dem Vorbemerklich sämmtlicher Truppen nach St. Cloud zurück. — Die Mittheilungen über Verhandlungen, welche zwischen Frankreich und Belgien wegen Abschlußes einer Militair-Convention stattfinden sollen, werden als unbegründet bezeichnet. — Für den möglichen Fall eines Ablebens des Kaisers, sagt man, hätte dieser, sowie auch die Kaiserin, ihre ganze Hoffnung auf General Fleury gesetzt, der dann an die Spitze der Armee treten sollte. Es heißt, der Prinz Napoleon (Jerôme) flöhe Mißtrauen ein.

In England, in Plymouth, hat Hr. W. Morrison, Vertreter der Stadt Plymouth, eine der jetzt fast obligat gewordenen Ferienreden gehalten, worin er über die ausländische Politik sprach und besonders über Deutschland sehr beachtenswerthe Äußerungen that, welche ihm vor einem halben Jahre noch als baare Kezerei angerechnet worden wären: die deutsche Einheit sei ungleich wichtiger, als die Einheit Italiens. Beim Ausbruche des Kampfes in Deutschland, bemerkte Morrison, seien die Sympathieen Englands mit Oesterreich gegen Preußen gegangen; seinem Urtheil nach: ungerechtfertigter Weise. Eine starke deutsche Großmacht im Herzen Europa's, vierzig Millionen Deutsche unter Einer Regierung und unter Einem Oberbefehl, beruhe dieser nun bei einem Ministerium, einem Könige oder einem Parlamente, das sei die beste Schutzwehr gegen Uebergriffe der zwei einzigen Mächte, von denen man eine Störung des europäischen Friedens zu fürchten habe — Frankreich und Rußland. Das Haus Habsburg wünschte der Redner gänzlich von Deutschland ausgeschloffen und sein Kaiserthum als ein slavisch-magyarisches Reich constituirt zu sehen; als Entschädigung für die deutschen Provinzen weist er ihm, um zugleich die orientalische Frage zu erledigen, die halbslawischen Länder südlich von der Donau an, da er an die Lebensfähigkeit der ottomanischen Herrschaft nicht glaubt und den Griechen, die sich nicht einmal selbst regieren könnten, die Fähigkeit abspriicht, die Verwaltung eines so großen Reiches in die Hand zu nehmen. Oesterreich allein sei im Stande, durch die Gründung eines neuen Staates im Süden, einen Damm gegen das Vordringen des nordischen Nachbarn zu errichten und die europäisch-slavischen Provinzen vor der Einverleibung in Rußland zu bewahren. — Herr Bright, über den die „Times“ wegen seines Vorschlags bezüglich Irlands selbstverständlich entschieden hergefallen sind, hat schon angefangen, zu retiriren. Er hat sich bereits sehr entschieden gegen die Anlegung verwahrt, welche seinem Vorschlag von Freund und Feind gegeben wurde. In einer allerneuesten Dubliner Rede erklärt er, daß er nicht an „Konfiskation oder zwangsweisen Verkauf“ irischer Güter denke, sondern an eine parlamentarische Kommission, die ermächtigt wäre mit den aristokratischen Güterbesitzern zu unterhandeln und ihnen einen um 10 Procent höhern Preis zu bieten, als ihre Güter auf dem Dubliner oder Londoner Markt realisiren würden. Er, den man als Aristokratenfresser verschreie, lebe der Ueberzeugung, daß es unter den englischen Aristokraten

nicht wenige edle Menschenfreunde und Patrioten gebe, die selbst ohne den Zuschlag der 10 Procent der guten Sache, wenn sie ihnen recht vorgestellt werde, bereitwillig ein Opfer bringen würden. Das und nicht eine Confiskationsmaßregel habe er gemeint. Inzwischen hat der „Star“ schon die Uebereilung begangen, einen zwangswiseigen Güterverkauf rechtfertigen zu wollen. Köstlich!

Nachdem im Ministerium des Auswärtigen der Vertrag unterzeichnet worden, durch welchen Italien zur Zahlung von je 26 Millionen jährlich während 42 Jahre an die päpstliche Regierung sich verpflichtet und somit die Staatsschuld für die ehemaligen Kirchenstaaten, wie in der Septemberconvention vorgeesehen, übernommen hat, ist General Fleury in besonderer Mission des Kaisers und als Überbringer eines Handschreibens der Kaiserin nach Rom gereist. Die Tuilerien empfehlen dem Vatican auf's dringendste, das Königreich Italien anzuerkennen und der September-Convention, soweit sie auf den päpstlichen Staat Bezug hat, beizutreten.

In Spanien geht es dem „Revolutionär“, dem „Demagogen“ Narvaez (so wird er nämlich am Hofe genannt) wie allen Werkzeugen der Reaction: so lange sie willig gehorchen, werden sie geduldet, bei dem ersten Anflug von Ungehorsam aber zerbrochen, wie ein Spielzeug, an dem ein Kind seine Freude verloren hat. Die Camarilla zuckt mittheilung die Achseln über die Großthaten Narvaez's — sie verlangt Besseres. Vater Claret, der Beichtvater der Königin, Meneses, der Günstling des Königs und der Schwester Patrocinio, und Biluma erschienen vor einigen Tagen beim Ministerpräsidenten und geboten ihm im Namen seiner allmächtigen Gönner die Ausführung des folgenden Programms: Auflösung der Deputirtenkammer, Umänderung der Verfassung, Fortdauer der Dictaturgewalt in den Händen der Regierung, Aufrechterhaltung des Belagerungsstandes, Reinigung und Vermehrung der Armee, Rückerstattung aller Kirchengüter, die noch nicht verkauft worden sind. Narvaez hat sich Bedenken ausgedrückt und diese zaudernde Haltung kann genügen, ihn in den Augen der Camarilla zu Grunde zu richten. So spricht man denn auch schon jetzt von seinem Rücktritt und nennt den Marques Biluma als seinen Nachfolger. Pezuela, ein Schwager Biluma's, würde Unterrichtsminister, Calonge Kriegsminister, Arceyuela Justizminister und Rocedal Minister des Innern im neuen Kabinet werden. Diese Herren sind es, welche die Aufgabe lösen sollen, deren Erfüllung man von Narvaez sich versprochen hatte, sie sollen „die Monarchie und die Religion retten“. Erst diese Herren sind in der Meinung des mächtigen Triumvirats der echte Ausdruck der „katholischen Idee, wie sie zum Heile des Staats sich geltend machen muß“. Die Königin Isabel hat sich willenlos in die Hände der drei gegeben und sie wird alles unterzeichnen, was ihr vorgelegt wird.

Die russische Regierung hat gegen den Emir von Buchara militärische Zwangsmaßregeln ins Werk gesetzt, um denselben zur Erfüllung mehrerer an ihn gerichteten Vorschläge zu nöthigen. Die ersten Operationen der russischen Truppen waren mit Erfolg gekrönt, da es denselben gelungen ist, einen wichtigen Grenzpunkt einzunehmen. — Der für das ganze Reich ausgeschriebenen Recrutenaushhebung haben wir bereits kurz Erwähnung gethan. Obgleich hierdurch die russische Armee um weit mehr als 200,000 Mann vermehrt wird, so würde man unseres Erachtens dennoch die Bedeutung dieser Maßregel überschätzen, wenn man derselben einen unmittelbaren bedrohenden Charakter beilegte. Die Petersburger Regierung wendet gewöhnlich den obenbezeichneten Maßstab an, wenn sie die waffenfähige junge Mannschaft heranzieht, damit dieselbe ihr halbes Leben unter Entbehrungen und Mißhandlungen aller Art dem Vaterlande diene. Doch recrutirt Rußland nicht in jedem Jahre, und insofern ist das Ereigniß immerhin beachtenswerth, da dasselbe lehrt, daß auch Rußland nicht verabsäumt, sich für die Zukunft zu rüsten.

Mit dem Fürsten von Rumänien hat die Pforte ein gutes Einvernehmen herzustellen gesucht. Der „Abendmoniteur“ äußert in seiner Wochenrundschau, daß der Empfang des Fürsten in Konstantinopel das günstigste Vorzeichen für seine Be-